

Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.30 RM. Einzelnummer 10 Pf. - Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. - Wohnung: Villa Hubertus

Aufruf

des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda zum 30. Januar 1934

Berlin, 25. Jan. Am 30. Januar 1933 wurde der Führer durch den hochherzigen Entschluß des Herrn Reichspräsidenten zur Kanzlerschaft des Reiches berufen. Damit war der Ausbruch der nationalsozialistischen Revolution gesichert.

Im Verlauf von zwölf Monaten hat die Regierung unter der Führung Adolf Hitlers auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens grundstürzende und umwälzende Reformen durchgeführt. Das vorläufige Ergebnis dieser Reformen liegt offen zutage: Die Wirtschaft befindet sich wieder im Aufstieg, zwei Millionen ehemals arbeitsloser Menschen sind in die Fabriken und Kontore zurückgeführt, der Bauernstand ist in seinen Lebensgrundlagen gesichert, das kulturelle Leben wurde von den schlimmsten Verfallserscheinungen gereinigt, das Reich ist geehrt im Innern und steht eben im zähen Kampf um seine Ehre und Gleichberechtigung nach außen.

Die Regierung weiß sehr wohl, daß es ihr in diesem Jahre noch nicht gelungen ist, alle Not zu beseitigen. Das wäre auch über Menschenkraft gegangen. Der Führer hat bei der Wahl am 5. März 1933 vier Jahre Zeit gefordert, um seine großen Reformen endgültig durchzuführen. Ein Jahr davon ist vergangen, und schon gehen wir allenthalben, wie neue Hoffnung und starkes Selbstvertrauen in alle Kreise des deutschen Volkes zurückgeführt sind.

Der Jahrestag des Ausbruchs der nationalsozialistischen Revolution fällt mitten in den Winter, in einen Weltkrisenmonat allerersten Ranges. Der Führer und seine Mitarbeiter in der Regierung sind der Überzeugung, daß man seiner, historisch gesehen, am ehesten gerecht wird, wenn man ihn ohne räumende Feste in der Idee einer lebendig gewordenen Volksgemeinschaft durch eine grandiose und in diesen Ausmaßen nur selten dagewesene Demonstration sozialer Hilfsbereitschaft begeht.

Das Winterhilfswerk ist deshalb angewiesen worden, alle von ihm in diesem schweren Winter betreuten Volksgenossen durch eine besonders fühlbare und sichtbare Spende am 30. Januar zu erfreuen und ihnen damit zu zeigen, daß der neue Staat sie nicht im Stich läßt und ihnen gerade am Geburtstag seines nationalpolitischen Bestandes helfend zur Seite tritt.

Der nationale Spendentag des 30. Januar soll nicht in Sammelaktionen, sondern in Hilfsaktionen bestehen. Ohne daß dabei die ohnehin schon schwer in Anspruch genommene Opferbereitschaft des deutschen Volkes bemüht werden mußte, wird das Winterhilfswerk aus für diesen Zweck von der Regierung zur Verfügung gestellten Beständen am 30. Januar für die von ihm betreuten Volksgenossen zusätzlich zu seinen sonstigen Leistungen 15 Millionen Lebensmittelscheine im Werte von je 1 RM. verausgaben. Der Bedürftige erhält für sich und für jedes zu seinem Haushalt gehörende bedürftige Familienmitglied nach Maßgabe obiger Menge je einen Lebensmittelschein.

Aus eigenen Mitteln des Winterhilfswerks gelangen außerdem zusätzlich zu der regelmäßigen Zuteilung zur Ausgabe: 6,5 Millionen Gutscheine über je einen Zentner Steinkohlen oder Braunkohlendruck. Davon erhält der Bedürftige mit eigenem Haushalt oder eigenem Mietzimmer nach Maßgabe obiger Menge je einen Gutschein.

Die näheren Einzelheiten werden durch das Winterhilfswerk der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Im übrigen wird die Bevölkerung aufgefordert, von anderen pomphaften Festen, Fackelzügen und Ähnlichem, der Not und dem Ernst der Zeit entsprechend, Abstand zu nehmen, ihrer Freude, Zuversicht und herzlichen Genugtuung aber über den durch den Führer kraftvoll begonnenen Aufbau des neuen Reiches, der mit unverminderter Stärke weiter fortgesetzt werden soll, dadurch sichtbaren Ausdruck zu verleihen, daß sie am 30. Januar von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr die Fahnen des Reiches higt.

Berlin, den 25. Januar 1934

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. G ö b b e l s.

Neues Sozialversicherungsrecht in Vorbereitung

NSR. Der Ausschuss für Sozialversicherung in der Akademie für deutsches Recht trat unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Führers des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter, Va. Ludwig Br u d e r, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Geschäftsführer der Akademie für deutsches Recht, Dr. V a j s ch überbrachte die Grüße des Führers der Akademie für deutsches Recht, Reichsjustizkommissar Dr. F r o n t, und sprach dessen Wünsche für ein gutes Gelingen der Ausschubarbeit aus.

Va. Br u d e r gab einleitend ein überschüssiges Bild über die Aufgaben des Akademie-Ausschusses Die Sozialversicherung ist ein wichtiges Instrument zur Erhaltung der Volksgesundheit und Wiederherstellung der Arbeitstrait und ein für das gesamte Volksleben wichtiger erbbiologischer Faktor.

Tagespiegel.

In München wurden drei Geistliche wegen Verbreitung von Greuelnachrichten zu Gefängnisstrafen von drei bis fünf Monaten verurteilt.

In Potsdam fand der Reichsjugendtag der Hitlerjugend und des BDM. statt.

Reichspropagandaminister Dr. G ö b b e l s erläßt einen Aufruf zu einem nationalen Spendentag am 30. Januar zugunsten des Winterhilfswerks.

Der Abrüstungsausschuss des britischen Kabinetts forderte eine Erklärung der britischen Politik, um ein Kompromiß zwischen Deutschland und Frankreich zu ermöglichen und die Abrüstungskonferenz zu retten.

Die Arbeitslager sind für Renaufnahmen einen Monat lang gesperrt.

Die deutsche Sozialversicherung war bis zur Machtübernahme durch den nationalsozialistischen Staat dem Abgrund nahe. Die Jahresbeiträge einzelner Beiträger der deutschen Arbeiter waren nur zu 10 Prozent eingezahlt worden.

Die deutsche Sozialversicherung war bis zur Machtübernahme durch den nationalsozialistischen Staat dem Abgrund nahe. Die Jahresbeiträge einzelner Beiträger der deutschen Arbeiter waren nur zu 10 Prozent eingezahlt worden.

Der Ausschuss befahte sich weiter u. a. mit einem Gesetzentwurf der NSDAP. über die Sozialversicherung, der in den folgenden Sitzungen im einzelnen durchberaten werden soll.

Drei katholische Geistliche vor dem Sondergericht

München, 24. Jan. Vor dem Sondergericht München begann die Verhandlung gegen die drei vor längerer Zeit in Schußhaft genommenen Geistlichen, Stadtpfarrer Emil M u h l e r, Kaplan D o s a r T h a l e r und Kathede S o l l a c h e r. Alle drei wurden aus der Schußhaft vorgeführt.

München, 24. Jan. Bei der Vernehmung der Angeklagten erklärte der Hauptangeklagte, Stadtpfarrer M u h l e r, er sei als Kriegsfreiwilliger vier Jahre im Felde gewesen, verwundet und zum Leutnant befördert worden.

München, 24. Jan. Die Prüfung der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift ist von den zuständigen Stellen des Quai d'Orsay und des Ministeriums für nationale Verteidigung beendet worden.

aber doch überrascht gewesen, als er später von der Weiterverbreitung erfahren habe. Bei dem gelegentlich der Hausdurchscheidung gefundenen Material habe es sich nur um Studienmaterial gehandelt.

Auch die beiden Mitangeklagten T h a l e r und S o l l a c h e r geben bei ihrer Vernehmung objektiv den ihnen zur Last gelegten Tatsachen recht an.

Nach der Vernehmung weiterer Zeugen wurde im wesentlichen der Tatbestand im Sinne der Anklage festgestellt, jedoch mit der Einschränkung, daß sowohl M u h l e r wie seine Amtsbrüder die Erzählung gewissermaßen nur als Beispiel für die in kommunistischen Kreisen herrschende Erbitterung hinstellen wollten.

Das Urteil

Das Sondergericht verkündete folgendes Urteil:

Die Angeklagten Dr. M u h l e r, T h a l e r und S o l l a c h e r sind schuldig je eines Vergehens gegen Paragraph 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933. Es werden verurteilt: Stadtpfarrer Dr. M u h l e r zu vier Monaten Gefängnis, Kaplan T h a l e r zu drei Monaten Gefängnis und der Kathede S o l l a c h e r zu fünf Monaten Gefängnis.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Es wurde festgestellt, daß M u h l e r die Behauptungen über Vorgänge in Dachau, die er, wie nicht widerlegt werden konnte, von einem Kommunisten erfahren hatte, an seine Kaplane weitergegeben hat.

Vertrauensvotum der Kammer für Chaumont

Paris, 24. Jan. Nach Wiederaufnahme der durch Värmiszenen unterbrochenen Kammersitzung leitete Henriot seine Angriffe gegen die Regierung fort. Im Verlaufe seiner Ausführungen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem ehemaligen Ministerpräsidenten Henriot und dem früheren Handelsminister R o l l i n, sowie zu häufigen lärmenden Kundgebungen von rechts und links.

Der Pariser Ministerrat zur deutschen Antwort

Paris, 24. Jan. Die Prüfung der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift ist von den zuständigen Stellen des Quai d'Orsay und des Ministeriums für nationale Verteidigung beendet worden.





